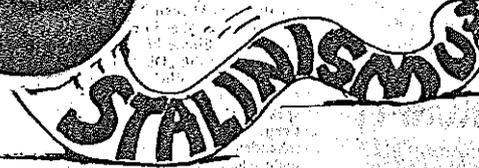


Die neuen Reformversuche in Keine Wunden



Seit März 1985 ist Gorbatschow Regierungschef in der Sowjetunion. Seine Politik hat im Westen allerhand Spekulationen ausgelöst. Insbesondere seine Erklärungen auf dem 27. Parteitag der sogenannten Kommunistischen Partei und seine Versuche, mit den USA Abrüstungsvereinbarungen zu treffen, sind Stoff der Diskussion.

Die Politik Gorbatschows ist ein verzweifelter Versuch, eine politische Revolution zu verhindern. In Wirklichkeit wird seine Politik genau das Gegenteil bewirken. Die Opposition im Land wird wachsen, und große soziale Explosionen stehen bevor. Die ganze Geschichte der Sowjetunion zeigt, daß ein Wechsel der Spitzenfunktionäre und eine geänderte Politik höchstens kurzfristig zu Erfolgen führt, langfristig die Probleme jedoch verschärft.

Die Ära Gorbatschow wird die instabilste Periode in der Sowjetunion sein. Sechzig Jahre lang hatte die Bürokratie das Sagen in der UdSSR. Jetzt fangen die Arbeiter an, die politische Bühne wieder zu betreten. Strelks in großen Industriebetrieben in den letzten Jahren waren die ersten Anzeichen dafür.

Durch die Oktoberrevolution 1917 wurde in Rußland die Macht der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zerschlagen. Die Arbeiter, Bauern- und Soldatensovjets bildeten damals das demokratischste Regierungssystem, das jemals existierte.

Die besonderen Bedingungen eines enorm rückständigen Landes und das Ausbleiben des Sieges der Revolutionen in den hochentwickelten Industriestaaten Westeuropas nach dem 1. Weltkrieg führten zu einem ungeheuren Druck aller Elemente der alten Gesellschaft auf die junge Arbeiterdemokratie. Die durch Krieg und Bürgerkrieg geschwächte Arbeiterklasse Rußlands konnte diesem Druck nicht standhalten. Es kam zu einer Bürokratisierung von Staat und bolschewistischer Partei und schließlich zu einer vollständigen politischen Konterrevolution in Form der Stalin-Diktatur.

Deformierter Arbeiterstaat

Trotzki charakterisierte die Sowjetunion damals als „entarteten oder deformierten Arbeiterstaat“. Sie ist ein Arbeiterstaat, weil Staatseigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft die Basis der Gesellschaft bilden und dadurch das historische Interesse der Arbeiterklasse zum Ausdruck kommt. Entartet oder deformiert ist dieser Arbeiterstaat deshalb, weil seit Stalin die Bürokratie den Staat unter ihrer Kontrolle hat und den Vorteil des Staatseigentums an Produktionsmitteln und der Planwirtschaft in erster Linie für sich und auf dem Rücken der Arbeiter ausbeutet.

Es war gerade das Staatseigentum an Produktionsmitteln, das Rußland mit Riesenschritten aus der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit herausführte und zur zweitgrößten Industrienation der Welt werden ließ. Dieser Fortschritt war nicht möglich wegen, sondern trotz der Bürokratie. Privilegien, Mißwirtschaft und Korruption waren immer eine Bremse für die Entwicklung. Doch am Anfang der Entwicklung, als es darum ging, Rußland aus einem Agrarland in einen In-

dustriestaat zu verwandeln durch Aneignung und Nachahmung der Technologie in den westlichen kapitalistischen Staaten, führten das Ersticken von Initiative und Schaffensdrang sowie die Mißwirtschaft allenfalls zur Verlangsamung des möglichen wirtschaftlichen Fortschritts. Trotz Bürokratie und trotz Terror konnten aber mit Hilfe der Planwirtschaft Wachstumsraten erreicht werden, wie sie unter krisengeschüttelten kapitalistischen Verhältnissen unmöglich sind. Es war dieser Fortschritt in der Produktivkraftentwicklung, der die jahrzehntelange politische Machterhaltung der Bürokratie ermöglichte.

Bürokratie verhindert Entwicklung

Der Zweite Weltkrieg zeigte, daß die Massen in der Sowjetunion den wirtschaftlichen Fortschritt, der im Vergleich zur Zeit vor 1917 erreicht worden war, gegen den Hitler-Faschismus verteidigten — trotz Stalin-Diktatur. Die imperialistischen Westmächte mußten erkennen, daß sich Fortschritte in der Produktivkraftentwicklung in soziale Kraft verwandeln, in Widerstandskraft gegen die Invasion der Nazi-Truppen.

Während so die Bürokratie im Vergleich zu den kapitalistischen Systemen in der Vergangenheit eine relativ fortschrittliche Rolle spielte, ist sie jetzt zu einer absoluten Bremse geworden.

Die Überwindung der primitiven Wirtschaft und die Industrialisierung Rußlands schufen eine vielschichtige, technisch komplizierte Wirtschaft. Aber je mehr sich die Wirtschaft entwickelte, desto stärker geriet sie in Widerspruch zu der immer gigantischer werdenden Bürokratie. Eine hochentwickelte Industrie kann nicht mehr weiterentwickelt werden mit Befehlen, Direktiven und Plänen vom grünen Tisch. Eine geplante moderne Wirtschaft benötigt die direkte Teilnahme und Kontrolle der Masse der Arbeiter, sonst wird sie sogar weniger effektiv als die kapitalistische Wirtschaft.

In der kapitalistischen Wirtschaft wird die Effektivität der Produktion auf völlig verschwenderische Weise über den Konkurrenzkampf am Markt kontrolliert. In einer Planwirtschaft kann diese Verschwendung gestoppt werden, aber nur dann, wenn es eine Arbeiterdemokratie gibt. Planwirtschaft benötigt Demokratie wie der

Körper den Sauerstoff. Wenn eine abgehobene Kaste von Bürokraten Staat und Wirtschaft in ihren Krallen hat, gibt es keine Kontrolle. Die Folge ist Fehlplanung, Mißwirtschaft, Korruption, Schiebertum.

50% der Produktion in der Sowjetunion werden heute verschwendet durch Mißwirtschaft, Ineffektivität und Korruption. Mit gleicher Maschinenausstattung wie die USA ist der Ausstoß nur 60-70% so hoch wie in den USA. Die Wachstumsraten in der Sowjetunion sinken laufend.

Dezentralisierung

In den letzten 20-30 Jahren wurden von der Bürokratie unzählige Versuche unternommen, die von ihr verursachten Probleme in den Griff zu bekommen. Das führt z.B. zu einer ständigen Zick-Zack-Politik von Zentralisierung, Dezentralisierung und Rezentralisierung.

Wenn der zentralisierte Staatsapparat die Wirtschaft zu ersticken droht, geht man in der Sowjetunion immer wieder zu Dezentralisierung über. Den regionalen Bürokraten und Managern der Betriebe wird mehr Autonomie eingeräumt. Das Ergebnis ist jedesmal, daß sich die regionale bzw. mittlere Bürokratie aufbläht zu einer Miniaturausgabe der alten zentralen Bürokratie und ebenfalls zu einer Bremse für die

verschiedenen Bereichen gibt es ständig Probleme und Ungleichgewichte zwischen Landwirtschaft und Industrie einerseits sowie Konsumgüter- und Investitionsgüterindustrie andererseits.

Ein Wechsel in dieser Zick-Zack-Politik wurde in der Regel ausgelöst durch den Amtsantritt eines neuen Regierungschefs, nachdem der alte gestorben war. Die Reformen Gorbatschows sind nichts anderes als eine Neuauflage verschiedener Elemente früherer Politik. Es ist die Reaktion der Bürokratie auf die katastrophale wirtschaftliche Lage seit Beginn der 80er Jahre und den steigenden Unmut in der Bevölkerung.

Gorbatschow will Unmut auffangen

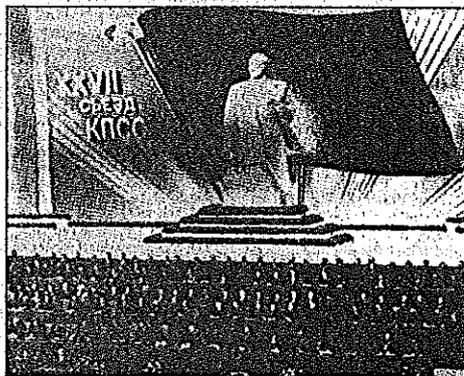
Viele Spitzenfunktionäre, die noch an der alten starren zentralistischen Politik Brieschnews festhielten, wurden kurzerhand entlassen, um den Weg für eine erneute Dezentralisierung freizumachen. Diese Dezentralisierung wurde mit der Aufspeckung der Obersten Planungsbehörden begonnen. Allein in Moskau wurden durch Auflösung und Reduzierung bei den 70 Allunionsministern 20.000 Funktionäre freigesetzt, die nun mit ihrer Versetzung in die Provinz rechnen müssen.

den sollen durch Einführung westlicher Technologie und verstärkte Investitionen im Maschinenbau modernisiert werden. Durch Abrüstungsverhandlungen soll außerdem die hohe Last der Rüstungsausgaben verringert werden.

Diese Maßnahmen werden von Gorbatschow als „scharfe Wende zur Intensivierung der Produktion“ ausgegeben, wodurch eine „Beschleunigung der sozioökonomischen Entwicklung des Landes“ erreicht werden soll. Das Produktionspotential soll bis zum Jahr 2000 verdoppelt werden und die Arbeitsproduktivität um das 2,5-fache steigen.

Politische Revolution

Bereits jetzt zeigen sich die Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser Politik. Das System der Abschläge für Betriebe mit niedriger und schlechter Produktion funktioniert nicht, weil das Management die Schuld auf die Lieferung von schlechtem Rohmaterial, mangelnden Ersatzteilen oder nicht erhaltenen Maschinen oder sogar auf schlechte klimatische Verhältnisse abschiebt. Um diesen Streit zu klären, ist bereits wieder eine neue bürokratische Instanz nötig, die, wie alle anderen auch, bestechlich ist. Auch läßt sich die Frustration und die Wut der Arbeiter über ihre Lebensbedingungen



Viel Selbstkritik war zu hören auf dem 27. Parteitag der KPdSU. Jedoch wird die Bürokratie die Probleme nicht lösen können.



Nur durch eine demokratisch kontrollierte Planung können die Probleme der Sowjetunion gelöst werden, nur so läßt sich die gesamte Wirtschaft

wirtschaftliche Entwicklung wird gestärkt, die dann weiter an schwillt. Diese Politik wird begleitet von abwechselnd mehr oder weniger Öffnung gegenüber dem Weltmarkt und der Zulassung von mehr oder weniger Markt, privater Produktion und Handel. Durch wechselnde Schwerpunktverlagerung der Investitionen in

Um den Unmut der Bevölkerung über die schlechte Versorgungslage zu dämpfen, soll die Konsumgüterproduktion angekurbelt werden. Dies soll durch die Zulassung von mehr privater Produktion und privatem Handel in diesem Bereich erreicht werden. Außerdem wurde bezüglich Quantität und Qualität ein System von Anreiz und Strafe geschaffen. Bei hoher und guter Produktion gibt es Zuschläge, bei niedriger und schlechter Produktion Abschläge für die einzelnen Betriebe. Durch ein Alkoholverbot soll die Motivation der Arbeiter verbessert werden.

Die überalterten Produktionsanla-

nicht durch ein Alkoholverbot beseitigen.

Das Importprogramm für neue Technologie muß mit Devisen finanziert werden. Devisen erhält die Sowjetunion aber hauptsächlich durch den Export von Erdöl und Erdgas. Und wegen der sinkenden Ölpreise sinken die Deviseneinnahmen beträchtlich. Gleichzeitig steigen aber die Förderkosten für Energie und Rohstoffe, weil jetzt die Quellen im eisigen Sibirien genutzt werden müssen.

Gorbatschows Versuche, die politischen Machtverhältnisse zu stabilisieren, sind zum Scheitern verurteilt. Die Bürokratie kann die Gesellschaft nicht

in der Sowjetunion

durch Gorbatschow



mehr weiterentwickeln. Sie selbst ist das Hindernis für den Fortschritt, denn sie hat sich jedoch nicht daran, ihre Position zu räumen.

die Industrialisierung des Landes hat sich die russische Bürokratie noch ihren eigenen Totengräber geschaffen: Die Arbeiterklasse. Die russische Arbeiterklasse ist heute so stark wie noch nie zuvor in der Geschichte, sowohl zahlenmäßig als auch bezüglich ihres kulturellen und politischen Niveaus.

Wenn sich die russische Arbeiterklasse in den nächsten Jahren erhebt, wird die Bürokratie völlig in der Luft hängen. Wie in Ungarn 1956 werden die Arbeiter an der Tradition der bolschewistischen Partei zur Zeit Lenins anknüpfen. Die Machtorgane der Bürokratie (Polizei, Armee, Geheimdienst) werden zerschlagen werden. Die Arbeiter werden freie Gewerkschaften aufbauen, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit einführen für alle politischen und sonstigen Gruppierungen und eine Arbeiterdemokratie aufbauen mit den von Lenin begründeten Prinzipien:

- Wahl- und Abwählbarkeit aller Vorgesetzten und Funktionäre.
- Trennung des Lohnes aller Funktionen auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Keine stehende Armee, sondern ein bewaffnetes Volk, d.h. demokratisch

Jugoslawien vor der politischen Revolution

Jugoslawien ist eines der krassen Beispiele für bürokratische Mißwirtschaft. Weit davon entfernt, ein von den Arbeitern selbst verwalteter Staat zu sein, sank im Gegenteil der Lebensstandard der Arbeiter in den letzten Jahren immer weiter ab. Die herrschende Clique muß sich mit solchen Sorgen nicht plagen:

Schon zu Titos Zeiten, Ende der 70er Jahre, wurden Maßnahmen gegen die Neureichen, die „180 Millionenäre“, beschlossen, weil sie ihren Reichtum allzu auffällig zur Schau stellten. Nach Titos Tode entbrannte zwischen seinen Angehörigen ein Streit um das Erbe: Ebenfalls ein Millionenvermögen, Häuser, Yachten, eigene Plantagen, Inseln...

Die Bürokratie ist nicht mehr in der Lage, die Wachstumsraten früherer Jahrzehnte zu erzielen, geschweige denn, die Möglichkeiten einer Planwirtschaft voll zu entfalten. Im Fünfjahresplan 1980-85 betrug die durchschnittliche Zuwachsrates des Sozialprodukts jährlich nur noch 0,8%. Die Produktivität im verstaatlichten Sektor sank sogar im selben Zeitraum um 1,5%.

Wirtschaftskrise

Dies ist Ausdruck einer ausgesprochen krisenhaften Wirtschaftslage, wie sie eigentlich nur in der kapitalistischen Marktwirtschaft anzutreffen ist: Die Inflationsrate betrug 1985 90%. Wie die jugoslawische Zeitschrift „Politika“ feststellte, lagen die Preise für Konsumgüter im Mai 1986 um 121% höher als im Mai des Vorjahres.

Schätzungen über Arbeitslosigkeit gehen in die Million, wobei die Zahl der im westlichen Ausland beschäftigten Gastarbeiter darin noch nicht berücksichtigt ist. Deshalb und wegen der chronischen Devisenknappheit wird der sogenannte „Kauf-die-einen-Arbeitsplatz“-Paragraph zur Zeit heftig diskutiert. Er sieht vor, daß Privatpersonen mit Ersparnissen in harter Währung ihr Geld in staatliche jugoslawische Firmen investieren können. Mit diesem Geld sollen Arbeitsplätze geschaffen werden, auf die die Geldgeber oder ihre engsten Angehörigen dann einen Anspruch haben. Kann es eine größere Bankrotterklärung geben? In einer angeblich sozialistischen Gesellschaft (die ja der kapitalistischen überlegen sein sollte), müssen sich die angeblich Herrschenden, die Arbeiter, ihren Arbeitsplatz kaufen, um nicht arbeitslos zu werden und um dem Staat aus seiner Schulden- und Devisen-

klemme zu helfen!

Mit 54 Milliarden DM Auslandsschulden hat Jugoslawien eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung als selbst Polen. Die Exportquote beträgt 25% vom Sozialprodukt. Davon macht der Handel mit westlichen Ländern (vor allem Iran, Irak, Libyen, Algerien, Ägypten) einen großen Teil aus. Es besteht also eine für Ostblockstaaten relativ enge Verquickung mit dem kapitalistischen Weltmarkt; entsprechend groß ist die Gefahr der „Ansteckung“ mit den kapitalistischen Übeln Inflation, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung. Die Zulassung marktwirtschaftlicher Elemente im Innern und die Duldung einer gewissen Konkurrenz zwischen Betrieben tun ein Übriges.

Auch wenn die Erscheinungsformen der jugoslawischen Wirtschaftskrise (Arbeitslosigkeit, Inflation usw.) denen im Westen ähneln, so sind die Ursachen doch unterschiedlich. Es handelt sich hier nicht um Überproduktionskrisen wie im Westen, wo bedingt durch die blinden Kräfte der Konkurrenz, riesige Überkapazitäten aufgebaut werden und der mögliche Produktionsausstoß mangels kaufkräftiger Nachfrage gar nicht abgesetzt werden kann.

In allen deformierten Arbeiterstaaten herrscht vielmehr im Gegenteil eine beträchtliche Unterversorgung in vielen Bereichen; die Produktion kann mit den Konsumbedürfnissen nicht Schritt halten. Die Ursache liegt hier in der Existenz der stalinistischen Bürokratie selbst, die als privilegierte Schicht ein Interesse an der Erhaltung ihrer Kommandogewalt hat. Doch die Produktionsfaktoren in einer entwickelten Industriegesellschaft lassen sich nicht per Kommando zusammenführen.

Ursachen

Die Bürokratie kann die Wirtschaft nicht harmonisch planen, weil jede Rückkoppelung von unten fehlt. Auch in Jugoslawien gibt es mit der sogenannten Selbstverwaltung nur einige Mitspracherechte der Arbeiter auf den unteren Ebenen, die jedoch nichts an der zentralen Rolle und Entscheidungsgewalt der Partei- und Staatsbürokratie ändern.

Die Wirtschaftskrise dort ist eine Krise des bürokratischen Systems. In Jugoslawien kommt verschärfend hinzu, daß die Bürokratie hier durch Öffnung zum Weltmarkt, Dezentralisierung, marktwirtschaftliche Elemente

u.ä. einen „goldenen Mittelweg“ zu gehen glaubte. Aber tatsächlich kombiniert sie damit nur die Übel der stalinistischen Befehlswirtschaft mit denen der kapitalistischen Anarchie.

Mit der neuen Wirtschaftsgesetzgebung ist seit Ende 85 die zentrale Planung verstärkt worden; Unternehmen sollen gemeinsam planen, Pläne der Regionen und Provinzen sollen aufeinander abgestimmt sein; der individuelle Zugang zu den Devisenmärkten wird erschwert. Doch auch diese Straffung der Planung wird keine Erleichterung bringen. Jugoslawien wird die gleiche Erfahrung machen wie die UdSSR, wo zur selben Zeit die zentralen Planungsbehörden beschränkt und die Entscheidungsbefugnisse wieder stärker dezentralisiert werden (siehe nebenstehender Artikel).

Politische Krise

Die von der Bürokratie verursachte Wirtschaftskrise hat im Land zu Unruhe und Unzufriedenheit geführt, die sich zu einer politischen Krise zusammengebraut haben.

Obwohl es in Jugoslawien kein verbietet Streikrecht gibt, hat die Zahl der Streiks in den letzten Jahren doch ständig zugenommen. Wie das Zagreber Wochenmagazin „Start“ berichtete, gab es im Jahr 1982 170 Streiks, 1983 legten die Arbeiter in 313 und 1984 in 365 Konfliktfällen die Arbeit nieder. Die Streikdauer schwankt von mehrtägigen Arbeitsniederlegungen bis zu mehrwöchigen Auseinandersetzungen, wie zum Beispiel in dem Fall der Streiks im Textilkombinat „Idilla“ in Kratovo, wo die Arbeiter 45 Tage im Ausstand blieben. 1985 soll es nach Schätzungen rund 480 Streiks gegeben haben. Streikschwerpunkt ist die reichste Republik Slowenien, wo auch die Löhne im letzten Jahr am meisten anzogen.

Ein weiterer Krisenfaktor ist die nationale Frage in dem Vielvölkerstaat Jugoslawien. Auch hier hat sich die engstirnige und nationalistische Bürokratie als völlig unfähig erwiesen, diese Frage durch harmonische und gleichmäßige Entwicklung aller Landesteile und durch Sensibilität gegenüber den kleineren Nationalitäten zu lösen. Es gibt ein deutliches Gefälle im Land zwischen reichen und armen Provinzen (vor allem Montenegro, Kosovo, Mazedonien). Die Unruhen im „Armenhaus“ Kosovo 1981, als über die vor allem von Albanern bewohnte Provinz der Ausnahmezustand verhängt wur-



Der „jugoslawische Sozialismus“ macht's möglich: Aufstieg vom Partisan zum Multimillionär — allerdings nur für Tito.

de, zeigen die Explosivität der Lage. Seitdem sind fast 600 angebliche „Konterrevolutionäre“ zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

Die Ausweglosigkeit der Lage und die zunehmende Opposition hat auch zu Reibungen und Spaltungen in der Bürokratie geführt: Rivalitäten zwischen den nationalen Bürokratien über den Anteil am Gesamteinkommen, Auseinandersetzungen zwischen „Liberalen“ und „Hardlinern“ über den Umgang mit der Opposition.

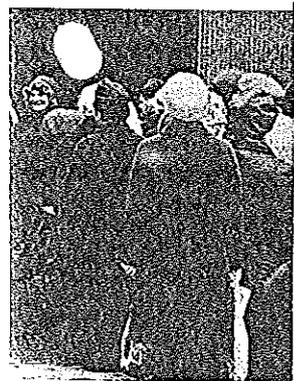
Perspektiven

Die unteren Funktionärsschichten spüren die Stimmung im Land deutlich. So hat die Jugendorganisation der slowenischen KP im Mai 86 beschlossen: „Wir fordern den Ausstieg aus der Atomenergie, das Recht auf Wehrdienstverweigerung und den Ausbau des Streikrechts.“

Doch wie immer die Bürokratie sich auch dreht und wendet — ob sie Zugeständnisse macht, kritische Stimmen halblegal zuläßt, ob sie gewaltsam durchgreift oder Zuckerbrot und Peitsche kombiniert — sie kann die Probleme nicht lösen, denn sie kann sich selbst nicht wegreformieren.

Schon bald werden die jugoslawischen Arbeiter den Weg der politischen Revolution beschreiten müssen, wie vor ihnen schon die ungarischen, polnischen und tschechischen Arbeiter. Sie werden für die Abschaffung jeglicher Privilegien und bürokratischer Strukturen kämpfen, für den Aufbau echter Räte und einer sozialistischen Demokratie.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin



lassen sich die Versorgungsschwierigkeiten weiterentwickeln, zum Nutzen aller.

aufgebaute Arbeitermilizen. Eine Erhebung der russischen Arbeiterklasse wird noch viel größere Auswirkungen auf den ganzen Ostblock haben als der Aufstand in Ungarn 1956 oder die Ereignisse in Polen 1980/81. Aber im Gegensatz zu Ungarn 1956, wo der Aufstand mit Hilfe russischer Panzer im Blut erstickt wurde, werden sich die russischen Soldaten dann weigern, die herrschende Schmarotzerclique gegen eine politische Revolution ihrer Brüder und Schwestern, Väter und Mütter zu verteidigen.

Ursel Beck, Stuttgart
Jungsozialistin